

**Pressekonferenz zur Vorstellung des  
98. gemeinsamen Konjunkturberichts zum Jahresbeginn 2017  
der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet**

**am 7. Februar 2017 in Bochum**

**Jürgen Fiege  
Präsident der IHK Mittleres Ruhrgebiet,  
derzeit federführende Ruhr-IHK**

Meine Damen, meine Herren,

ich freue mich über Ihr Interesse am 98. Ruhrlagebericht, den Ihnen die Ruhr-IHKs heute vorstellen möchten. Es ist gute Tradition, dass die jeweils „federführende“ IHK zu dieser Pressekonferenz einlädt – und deren Präsident in das Thema einführt. Das will ich heute gerne nach fünf Jahren wieder für die IHK Mittleres Ruhrgebiet tun.

Zur Verstärkung habe ich vier Herren mitgebracht, die gleich ebenfalls für Ihre Fragen zur Verfügung stehen: Ich freue mich, dass Herr Schulte-Uebbing und Herr Schnepfer von der IHK Nord Westfalen, Herr Schreiber von der IHK zu Dortmund sowie Eric Weik von unserer IHK an meiner Seite sind.

Der Ruhrlagebericht liegt vor Ihnen, die dazugehörige Pressemitteilung auch – ich möchte deshalb nur ein paar Punkte ansprechen, die nach meiner Bewertung eine besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Wenn neun von zehn Unternehmen an der Ruhr sagen, es geht uns „gut“ oder auf jeden Fall „befriedigend“, dann kann man mit Fug und Recht behaupten: Die Ruhr-Wirtschaft tritt nicht auf der Stelle, die Ruhr-Wirtschaft hat weiter Fahrt aufgenommen. Viele Dellen der Vergangenheit sind geglättet.

Und wenn wir feststellen können, dass in nur einem knappen halben Jahr der Konjunkturklimaindex um fünf Punkte auf den höchsten Wert seit Anfang 2011 gestiegen ist, dann zeugt dies nicht nur von Zufriedenheit, sondern dann zeugt dies auch von großem Optimismus. Mit einem Satz: Die wirtschaftliche Lage ist nicht nur gut, es besteht auch aus Sicht der Unternehmen die berechtigte Hoffnung, dass sie gut bleibt oder sogar noch besser wird.

Nun mag der eine oder andere einwerfen, dass mit dem beschlossenen „Brexit“ und der Trump-Regierung Unwägbarkeiten einhergehen, die die Ruhrwirtschaft belasten könnten ... Selbstverständlich sitzt niemand hier an diesem Tisch, der einen solchen Hinweis völlig ignorieren würde. Aber: Die aktuelle Konjunkturumfrage zeigt eben auch, dass die Äußerungen des neuen US-Präsidenten, der zum Zeitpunkt unserer Umfrage noch nicht vereidigt war – keinen Pessimismus bei unseren Unternehmen erzeugt haben. Übrigens: auch bei uns hier am Tisch nicht. Die Ruhr-Wirtschaft fühlt sich stark, weiß um die Qualität ihrer Produkte, und auch die USA brauchen die Weltwirtschaft. Unsere Botschaft lautet deshalb heute: Qualität „made im Ruhrgebiet“ wird ihren Stellenwert behalten.

Wir haben bei den letzten Befragungen feststellen müssen, dass die Branchen sich unterschiedlich entwickelten: Der Handel und auch der Dienstleistungsbereich profitieren dabei weiterhin von einer starken Inlandsnachfrage und der Lust vieler Menschen auf Konsum. Bei der Industrie war dagegen die Stimmung mit Blick auf den Export eher getrübt.

Mir ist es wichtig, heute sagen zu können: Die Industrie hat einen neuen Schub bekommen. Die Auftragsbücher werden wieder dicker und voller. Und dabei geben sich auch endlich wieder ausländische Kunden die Klinke in die Hand und ordern industriell gefertigte Produkte bei uns. Der Export – so lautete bei der Vorstellung der letzten Ruhrlageberichte eine zentrale Botschaft – schwächelt. Heute lautet die Botschaft: Der Export, der Garant für ein nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft ist, kommt wieder stärker auf Touren. Insgesamt sind 83 Prozent Auslastung in der Produktion noch kein traumhafter Spitzenwert. Aber die Entwicklung geht in die richtige Richtung.

Wenn mehr produziert werden muss, wenn mehr gekauft wird, wenn mehr Dienstleistung abverlangt wird – dann bedeutet dies auch unweigerlich mehr Nachfrage nach Arbeitnehmern. Die gute Lage der Ruhrwirtschaft müsste demnach auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in der Region haben. Ich gebrauche an dieser Stelle ganz bewusst das Wort: müsste ...

Es ist erkennbar, dass Unternehmen verstärkt Fachkräfte einstellen wollen. Aber diese Unternehmen – egal in welcher Branche – treibt in immer größerem Maße die Sorge um, ihren Fachkräftebedarf nicht befriedigen zu können. Wir fragen bei der Konjunkturumfrage ja traditionell nach den Problemfeldern, die die Unternehmer sehen und die einer positiven Wirtschaftsentwicklung entgegenstehen oder sie gefährden.

An dieser Stelle bleibt deshalb klipp und klar festzuhalten, dass sich das Thema Fachkräftemangel in den letzten Jahren zu einem ständig an Bedeutung gewinnenden Problemfeld entwickelt hat. Wenn die Unternehmen heute die Sorge formulieren, ihren Fachkräftebedarf nicht befriedigen zu können – dann klingeln die Alarmglocken in zwei Richtungen: Der Optimismus auf einen weiteren Aufschwung

könnte einen Dämpfer erhalten, weil ohne qualifizierte Arbeitnehmer der Unternehmenserfolg sowie insbesondere Unternehmenswachstum und Produktqualität in Frage stehen – und das gilt ausdrücklich für alle Branchen.

Zweites Warnsignal: Wenn wir uns wünschen, dass der wirtschaftliche Aufschwung auch positive Folgen für die Beschäftigung haben sollte, dann müssen wir heute ein Fragezeichen hinter diese Hoffnung setzen. Wenn es in dieser Region an Fachkräften fehlt, dann bleibt das Ruhrgebiet auf Dauer in der Arbeitslosenstatistik abgehängt. Wir brauchen mehr Ausbildung, mehr Qualifizierung – und wir brauchen auch mehr Bereitschaft von Jugendlichen und Erwachsenen, sich den veränderten Anforderungen der Berufswelt und der veränderten Nachfrage am Arbeitsmarkt zu stellen.

Meine Damen, meine Herren,

Sie sind es gewohnt, dass die Ruhr-IHKs bei der Vorstellung des Ruhrlageberichts auch Themen ansprechen, die den IHK-Mitgliedsunternehmen unter den Nägeln brennen. Das soll auch heute so sein. Drei Punkte stehen auf meiner Liste.

Ich könnte es mir an dieser Stelle ganz leicht machen – ich sage das mit einem Augenzwinkern: Schauen Sie nur mal in meine Rede vom Jahresbeginn 2012 und Sie wissen, wo uns der Schuh drückt.

Was bedeutet diese Bemerkung? Sie bedeutet, dass die großen Probleme des Ruhrgebietes in diesen Jahren von der Politik zwar teilweise angegangen, aber nicht umfassend gelöst wurden – wobei ich mit dem Begriff Politik nicht nur die Landesregierung meine. Wenn wir uns also heute wiederholen, dann heißt dies nicht, uns sei nichts eingefallen – es heißt vielmehr, dass wir unsere Anliegen bislang offensichtlich noch nicht nachdrücklich genug vorgetragen haben. Also sprechen wir die Punkte immer und immer wieder an.

Nordrhein-Westfalen und auch das Ruhrgebiet waren erleichtert, als der neue „Bundesverkehrswegeplan 2030“ veröffentlicht wurde. Weil eine Reihe von Projekten, die auch wir in den letzten Jahren ansprachen, aufgenommen wurden – für den Bezirk der IHK Mittleres Ruhrgebiet nenne ich beispielhaft den sechsspurigen Ausbau der A 42. Hier bleibt festzuhalten, dass es richtig war, dass wir dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben, weil leistungsstarke Verkehrsverbindungen für unsere Unternehmen zwingend notwendig sind.

Doch auch wenn von unserer Seite zunächst einmal Beifall für dieses Planwerk kommt, so müssen wir uns nun auf deutlich mehr als ein Jahrzehnt Baustellen im Ruhrgebiet einstellen. Der Verkehr – und damit auch der Wirtschaftsverkehr – wird auf längere Zeit in unserer Region eingeschränkt bleiben.

Das Wichtigste: Das Geld, das der Bund für den Autobahnbau zur Verfügung stellt, muss auch vollständig ausgegeben werden. Wir brauchen deshalb zügig umsetzungsfähige Ausbauplanungen – egal ob der Autobahnausbau von einem Landesbetrieb Straßen.NRW oder einer neuen Bundesbehörde umgesetzt wird. Papier ist bekanntlich geduldig – wir möchten Bauarbeiter sehen.

Zweiter Punkt: Die Baustelleneinrichtung muss die Erfordernisse der Mobilität auch berücksichtigen. Der Verkehr in einer Transitregion muss fließen – und dieses Anliegen muss die Baustellenorganisation berücksichtigen.

Nächstes – altes – Thema: Zukunft braucht Raum! Wenn der Regionalverband Ruhr den Regionalplan – hoffentlich Ende dieses Jahres – vorlegt, dann muss dieser Plan wirtschaftliche Entwicklungen weiterhin möglich machen. Es ist angesichts der Restriktionen, die auf dem größten Teil der Industriebrachen liegen, abwegig anzunehmen, man könnte den künftigen Flächenbedarf von Unternehmen durch die Nutzung von Industriebrachen befriedigen. Nein, das kann man nicht – weil die Flächen entweder nicht zum Verkauf stehen, Altlasten aufweisen, Abstände zur Wohnbebauung inzwischen zu gering sind oder die Flächen verkehrstechnisch unbrauchbar sind. Die Nutzung des Freiraums darf nicht versperrt werden, wenn daran die Zukunft eines Unternehmens und die Sicherung oder die Schaffung von Arbeitsplätzen hängen. Wir erwarten vom RVR, dass der Regionalplan der Wirtschaft Perspektiven bietet.

Immer und immer wieder mahnen wir ebenfalls, dass die Entwicklung des stationären Einzelhandels in zentralen Versorgungsbereichen unverzichtbar ist. Denn Handel ist stadtprägend. Und wenn der Handel in den Innenstädten stirbt, dann sterben auch die Städte. Deshalb war und bleibt unsere Forderung immer: Der typische Einzelhandel gehört ins Herz der Stadt und nicht auf die grüne Wiese.

In den letzten Jahren hat sich die Handelslandschaft durch das Internet grundlegend verändert. Und die Probleme des stationären Einzelhandels sind dadurch nochmals größer geworden. Die neue Rechtsprechung zur Sonntagsöffnung verschärft dieses Problem. Wir brauchen ein Ladenöffnungsgesetz, das den Einzelhändlern die Möglichkeit gibt, den Menschen ein attraktives Einkaufserlebnis zu bieten und damit zur Attraktivität unserer Innenstädte beizutragen.

Meine Damen, meine Herren,

dies nur als kurze Einstimmung. Die Herren und ich stehen Ihnen für Ihre Nachfragen gerne zur Verfügung. Bitte sehr ...